

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und CDU

Keine zusätzliche Einleitung von Salz-Abwässern in die Werra und Weser

Die Weser mit ihren beiden Quellflüssen Werra und Fulda ist der einzige Strom, der von der Quelle bis zur Mündung in alleiniger deutscher Verantwortung liegt. Die Zuständigkeit für den Zustand des Gewässers liegt bei den sieben Anrainerländern (Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen).

Durch die Stilllegung ehemaliger thüringischer Kaliwerke wurde die Salzbelastung zwischen 1990 und 2000 bis zu 90 Prozent reduziert. Der Salzgehalt stagniert jedoch seitdem und konnte nicht weiter gesenkt werden. Der ökologische Zustand der Werra ist immer noch als „kritisch“ einzustufen. Für die Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands von Werra und Weser entsprechend der Ziele der europäischen Wasserrahmen-Richtlinie ist eine weitere drastische Reduzierung des Salzeintrags erforderlich.

Die Firma K+S Kali GmbH Kassel plant, eine 63 km lange Abwasserpipeline zu bauen, um zukünftig 700.000 Kubikmeter Salzlauge jährlich in die Werra einzuleiten. So würde sich bei diesen zusätzlichen Salzfrachten der Salzgehalt um bis zu 10 Prozent in Bremen erhöhen. Mehr Salz im Werra- und damit Weserwasser bedeutet auch eine stärkere chemische Beeinträchtigung und Korrosion der technischen Wasserkraftanlagen. Da das Unternehmen K+S Kali GmbH der wichtigste Arbeitgeber in Osthessen ist und er bis 2012 höhere Grenzwerte ausschöpfen könnte, muss wirtschaftliches Handeln mit einem nachhaltigen Umgang mit der Natur ein Einklang gebracht werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft bittet den Senat, bis Dezember 2007 die Deputation für Umwelt und Energie umfassend über das beabsichtigte Vorhaben der Firma K+S Kali GmbH mit Beschreibung und Bewertung der Folgen für die Gewässergüte, Ökologie und Nutzungen für Werra und Weser und die bis dahin erfolgten Maßnahmen des Senats zu informieren.
2. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich auf der Grundlage des gemeinsamen Bund-Länderabkommens von 1992, des geltenden europäischen und nationalen Wasserrechts mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass innovative Verfahren zur alternativen Entsorgung der salzhaltigen Abwässer geprüft werden.
3. Die Bürgerschaft bittet den Senat, die Flussgebietsgemeinschaft aufzufordern, sich auch gegen die geplante Salzlauge-Einleitung der K+S-Kali GmbH auszusprechen.

4. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich für das im Jahr 2003 von den Anrainerländern formulierte Ziel, die Weser und ihre Nebenflüsse sowie ihren Quellfluss Werra wieder zu einem Lebensraum für gesunde Fische mit einem natürlichen Artenreichtum aufzubauen, stark zu machen.
5. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich für die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Verbesserung des ökologischen und chemischen Zustands der Weser einzusetzen.
Die europäische Wasserrahmenrichtlinie muss bis 2015 umgesetzt werden, um darüber hinaus die Werra ab dem Jahr 2020 wieder zu einem naturnahen Gewässer werden zu lassen.
6. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich für eine Übergangszeit für eine deutliche Absenkung des noch bis 2012 geltenden Grenzwerts für Kalisalze (Chlorid) von 2.500 mg/l auf ein realistisches und umweltverträgliches Maß einzusetzen. Das Festhalten an alten Grenzwerten ist nicht zielführend. Ein gesunder Zustand der Weser liegt bei maximal 100 mg/l Chlorid.
7. Die Bürgerschaft bittet den Senat, bei dem Regierungspräsidium in Kassel darauf einzuwirken, dass nicht nur ein bergrechtliches, sondern auch ein wasserrechtliches Verfahren für die Genehmigung der Pipeline durchgeführt wird.
8. Die Bürgerschaft bittet den Senat, sich für seine Beteiligung im Rahmen des durch die hessischen Landesbehörden durchzuführenden Genehmigungsverfahrens einzusetzen. Die Beteiligung der an der Weser liegenden Anrainer, Kommunen und Wassernutzer muss sichergestellt werden. Gleichzeitig soll die Firma K+S Kali GmbH dafür gewonnen werden, zusammen mit Umweltverbänden und Behörden eine Strategie zur Verringerung der Umweltbelastung und Sicherung der Arbeitsplätze zu entwickeln.
9. Die Bürgerschaft lehnt jede zusätzliche Steigerung der Salzeinleitung in die Werra und die damit verbunden Beeinträchtigungen auch für die Weser ab.
10. Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, an der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Reduzierung der Salzfracht aus früherer/aktueller thüringischer, hessischer und niedersächsischer Produktion konstruktiv mitzuwirken.

Dr. Maike Schaefer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Karin Garling, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD
Dr. Magnus Buhler, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP
Klaus-Rainer Rupp, Monique Trödel und die Fraktion Die Linke
Frank Imhoff, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU